

Grottkauer Zeitung.

Nr. 8.

14. Jahrgang.

1894.

Die „Grottkauer Zeitung“ erscheint wöchentlich zwei Mal: Mittwoch und Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich in der Expedition 1 Mark, durch die Post oder die Kommanditen bezogen 1 Mark 20 Pfennige.

Sonnabend, den 27. Januar.

Insertions-Gebühren für die viermal gefaltene Corpushälfte oder deren Raum 10 Pf., Kleinzeile 20 Pf. Bei dreimaliger Wiederholung 25 pCt. Rabatt. Inserate nimmt die Expedition, Ring Nr. 1, Dienstag und Freitag bis 11 Uhr Vormittag entgegen.

Zum 27. Januar.

Es ist nicht stolzer Siege Ruhmesfeier,
Wo purpurrot das Schlachtenbanner weht,
Kein Fest, wo nur der Prunk der Fürstenthöne
Glanzvoll umstrahlt des Thrones Majestät:
Es ist ein Tag, wo unser Herr und König
Als Bürger unter seinen Bürgern steht,
Mit ihnen fromm sich beugt dem Machtgebot
Des Herrn der Welt, der Leben giebt und Tod.

O niemals wohl weiß inniger und enger
Das Volk mit seinen Fürsten sich verweht,
Als wenn's an ihm der Menschheit Pulsschlag fühlet,
In dem sein eignes warmes Herz erbebt,
Dann glüht's für ihn in jener frommen Liebe,
Die phönixgleich den Tod selbst überlebt
Und wie ein heilig' Feuer gottentstammt
Als unnahbarer Wall den Thron umflammt.

Mit solcher Liebe grüßt Dich heut, o Kaiser,
Dein treues Volk, das weite deutsche Land;
Legt Deine und des Vaterlands Geschicke
In brünstigem Gebet in Gottes Hand.
Der Ewige, zu dem Du laut und freudig
Voll stolzen Freimuths offen Dich bekant,
Er walle segnend über Deinem Thron
Und Deinem Hause, edler Zollernsohn!

Die Krise in Serbien.

Das serbische Ministerium Gruitch, das an Stelle des vom verstorbenen Dokitch geleiteten getreten ist, hat in der Nacht zum Montag sein Entlassungsgesuch eingereicht, nachdem es seit wenigstens vierzehn Tagen schon zu wiederholten Malen durch die Presse hatte offiziös erklären lassen, daß in Serbien eine Ministerkrise nicht existiere.

König Milan ist der Einladung seines Sohnes gefolgt und hat sich von Paris nach Belgrad begeben; auch die Königin Natalie will dort in den nächsten Tagen eintreffen. König Alexander ließ die Minister Sonntag um Mitternacht zu sich entbieten und teilte ihnen mit, er habe seinen Vater kommen lassen, weil er sich selber in der schwierigen Lage nicht mehr zurechtfinde. Gleichzeitig teilte er den Herren mit, daß er dem Kommandanten der Belgrader Garnison die „notwendigen Anweisungen“ gegeben habe. Das war deutlich und erinnert an die Szene des Staatsstreiches, die der junge König vor kaum einem Jahre aufgeführt.

Man wird sich vergebens fragen, was denn eigentlich in Serbien vorgegangen sei, daß der König Alexander sich nicht mehr zurechtfindet. Alexander hat übrigens das Entlassungsgesuch des Kabinetts angenommen, aber die Lage ist dadurch nicht klarer geworden, denn Gruitch hat die große Mehrheit der Skupschtina hinter sich. Diese ist allerdings „auf Wunsch des Königs“ vertagt worden.

Das hervorsteckendste Ereignis ist natürlich die Rückkehr des Königs Milan. Sie bedeutet zugleich einen Rechtsbruch. Denn Milan ist wiederholt überreichlich abgefunden worden und hat sich aller seiner Rechte

als König und als Serbe begeben. Das ist in einem besonderen Gesetz festgelegt worden. Nun behaupten allerdings die Freunde des jungen Königs, jenes Gesetz habe nur Gültigkeit für die Zeit der Minderjährigkeit Alexanders gehabt und da dieselbe durch den Staatsstreich vom 13. April als beendet angesehen werden muß, habe auch die gesetzliche Verbannung Milan's ihr Ende erreicht.

Alexander ist über die Schultern der Radikalen auf den Thron gestiegen. Sein Erzieher Dokitch, war ein Radikaler. Seit dem Tode desselben scheint sich aber der junge König mit seinen politischen Anhängern nicht gut haben stellen können. Er traute ihnen offenbar nicht und war um seinen Thron besorgt. Daher die Berufung seines Vaters, die erfolgt ist, ohne daß die Minister darum wußten. Für König Milan kommt die Sache wie gerufen. Paris ist ein teures Pflaster, besonders für Könige und ganz besonders für solche, die leichtgläubig sind, wie es Milan stets gewesen. Man kann 100 gegen eins wetten, daß seine Kasse erschöpft ist und daß er seine Anwesenheit in Belgrad nicht in letzter Linie dazu benutzen wird, um seinen Finanzen wieder aufzuhelfen. Ob er auch seinem Sohne helfen wird und helfen kann, muß dagegen stark bezweifelt werden; denn die Radikalen bilden in Serbien eine nicht zu unterschätzende Macht und es kann leicht kommen, daß sie sich der Dynastie Karageorgiewitsch erinnern, deren Ansprüche auf den serbischen Thron bekanntlich noch fortbestehen und deren Anhang im Lande in den letzten Jahren nicht unerheblich gewachsen sein soll.

Die Radikalen wollen sich die drohenden Andeutungen nicht ohne weiteres gefallen lassen. Das Hauptcomitee ihrer Partei hat an alle Ortsauschüsse des Landes die Aufforderung gerichtet, dahin zu wirken, daß der in Aussicht genommene „Anschlag“ auf die Verfassung und auf die Volkrechte die Radikalen nicht unvorbereitet und wehrlos vorfindet.“ Viel erwartet man noch von beiden Seiten von der Vermittelung durch Pasitsch, der als Haupt der Partei gilt und von seinem Petersburger Gesandtenposten in Belgrad eintreffen sollte. Der junge König soll entschlossen sein, wenn nötig einstweilen die Verfassung außer Kraft zu setzen und eine Militär-Diktatur einzuführen, d. h. dem Staatsstreich vom 13. April v. einen zweiten hinzuzufügen. Zwischen beiden besteht nur der gewaltige Unterschied, daß damals die große Mehrheit des Volkes hinter dem jungen König stand und seine jugendmutige That als eine Erlösung empfand, während heute das Umgekehrte der Fall ist.

Die Handlungsweise des Königs gibt übrigens den Gerüchten neuen Anhalt, die den vorgeschrittenen Radikalen antidynastische Bestrebungen nachsagen. Ihre Absicht sollte dahin gehen, den Prinzen Arsen Karageorgiewitsch, den jüngeren Bruder des Prinzen Peter, auf den Thron zu erheben, da der letztere als Schwiegersohn des Fürsten Nikolaus von Montenegro, dem man keine Gummischung in die serbischen Angelegenheiten ermöglichen will, nicht in Frage kommen kann. Ob die jetzige Lage ohne schwere innere Kämpfe, ohne den Versuch wenigstens einer bewaffneten Erhebung, überwunden werden kann, bleibt abzuwarten.

Mundschau.

Berlin, den 25. Januar 1894.

— Ueber den Stand der deutsch-russischen Verhandlungen schreibt der „Berl. Börsen-Cour.“: Bei den

letzten Besprechungen zwischen den deutschen und russischen Delegierten hatte sich betreffs einer nicht sehr wesentlichen Tarifposition eine Meinungsverschiedenheit herausgestellt. Diese Meinungsverschiedenheit ist beglichen, der Zolltarif kann als festgesetzt angesehen werden und seine Veröffentlichung ist in etwa 10 Tagen im „Reichsanz.“ zu erwarten.

— Wie die „Kreuztg.“ von einer Seite, die sehr wohl unterrichtet sein kann, erfahren haben will, wird die Aufhebung der Staffeltarife „ernsthaft erörtert“. Es sei die Möglichkeit ihrer Beseitigung vielleicht näher gerückt, als die Weissen ahnen. Das Blatt meint, mit der Aufhebung der Staffeltarife sei auch das Schicksal des Identitätsnachweises von vornherein entschieden, denn die ostpreussischen Konservativen würden der Aufhebung des Identitätsnachweises nicht die geringste Bedeutung mehr beimessen, falls sie mit derjenigen der Staffeltarife verbunden werden sollte.

— Der Reichstagsauschuß für den Antrag des Zentrums auf Abänderung der Konkursordnung nahm den § 80 in folgender Fassung an: „Die Mitglieder des Gläubigerausschusses haben den Verwalter bei seiner Geschäftsführung zu unterstützen und zu überwachen. Dieselben können sich von dem Gang der Geschäfte unterrichten, die Bücher und Schriften des Verwalters einsehen und den Bestand seiner Kasse untersuchen. Der Gläubigerausschuß ist verpflichtet, sich von dem Verwalter über die Lage der Sache, die Abschätzungen der beweglichen Aktiva, sowie die beabsichtigte Art der Verwertung derselben und die Geschäftsführung Bericht erstatten und die Untersuchung der Kasse des Verwalters wenigstens einmal in jedem Monat vornehmen zu lassen.“

— Zum Gesetzentwurf betr. die Abzahlungs-geschäfte sind nach dem neuesten Petitionsverzeichnis im Reichstag 1118 Petitionen eingegangen mit 63500 Unterschriften aus den verschiedensten Orten mit der Bitte, den Gesetzentwurf abzulehnen, ev. denselben nicht auf den Verkauf von Nähmaschinen und sonstige Arbeitsmaschinen auszudehnen.

— An Altersrenten sind seit Inkrafttreten des Gesetzes 207732 Rentenansprüche anerkannt und 45190 zurückgewiesen worden, während 3395 unerledigt blieben und 5649 auf andere Weise erledigt wurden. Auf Invalidenten wurden 53955 Ansprüche anerkannt, 19528 zurückgewiesen, 5263 blieben unberücksichtigt und 4012 fanden auf andere Weise ihre Erledigung.

— Im preuß. Abgeordnetenhaus haben die Konservativen und Freikonservativen die Interpellation eingebracht, ob die Regierung geneigt sei, dahin zu wirken, daß eine fernere Ermächtigung der landwirtschaftlichen Böden enthaltende Handelsverträge nicht zum Abschluß gelangen, ohne daß eine angemessene Ausgleichung mit den Geldverhältnissen der in betracht kommenden Konkurrenzländer stattgefunden hat oder gleichzeitig stattfindet?

— Aus Südwest-Afrika kommt die Meldung, daß Major v. François die Witbois am 1. Januar geschlagen und ihnen große Verluste beigebracht hat. Außerdem hat er von ihnen 40 Pferde und eine große Menge von Rindern und Schafen erbeutet. Von der Schutztruppe sind nur drei Soldaten leicht verwundet.

— [Reichstag.] Die erste Beratung des Weinsteuergesetzes wurde zu Ende geführt. Nachdem als erster Redner Abg. Bayer (Süd. Volksp.) die Vorlage heftig bekämpft und für eine sofortige Ablehnung ohne Kommissionsverweisung plädiert hatte, sah sich der württembergische Ministerpräsident Febr. v. Wittmann veranlaßt, den Standpunkt der württembergischen Regierung der Vorlage gegenüber

